



**Geschäftsführung
Ausschuss Allgemeine Verwaltung
und Rechtsfragen**

Ansprechpartner/in: Frau Meier

Telefon: (0221) 221-26102

Fax: (0221) 221-26565

E-Mail: kathryn.meier@stadt-koeln.de

Datum: 12.06.2008

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen** in der Wahlperiode 2004/2009 am Montag, dem 19.05.2008, 15:30 Uhr bis 16:55 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzende/r

Herr Michael Zimmermann SPD

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Margret Dresler-Graf	CDU	
Herr Dr. Ralph Elster	CDU	
Herr Alfred Hoffmann	CDU	(i.V. für Herrn Granitzka)
Herr Dr. Martin Schoser	CDU	
Frau Polina Frebel	SPD	
Herr Michael Neubert	SPD	
Frau Susana dos Santos Herrmann	SPD	
Frau Brigitta von Bülow	Grüne	
Herr Andreas Wolter	Grüne	
Herr Dietmar Repgen	FDP	

Mitglieder mit beratender Stimme gem. § 58 Abs. 1 Satz 7-12 GO NRW

Herr Jörg Detjen	Die Linke.Köln	
Herr Manfred Rouhs	pro Köln	(i.V. für Frau Wolter)

Sachkundige Einwohner/innen mit beratender Stimme nach § 58 Abs. 4 GO NRW und § 21 der Hauptsatzung

Herr Axel Hopfau	auf Vorschlag der CDU	
Herr Julius Knappertsbusch	auf Vorschlag der CDU	(ab 15.45 Uhr)
Frau Iris Koppmann	auf Vorschlag der SPD	(entschuldigt)
Herr Franz Hess	auf Vorschlag der Grünen	

Sachkundige Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Ali Esen	(entschuldigt)
Frau Adelheid Langes	
Frau Agnes Rudnik	

Verwaltung

Herr Dr. Lothar Becker (i.V. für Frau Herx)
Herr Ingo Fleischer
Herr Peter Hoven (.V. für Herrn Büscher)
Herr Stadtdirektor Guido Kahlen
Herr Robert Kilp
Herr Sven Kröger (i.V. für Herrn Schmidt)
Herr Hans-Jürgen Petry (entschuldigt)

Gleichstellungsbeauftragte

Frau Marita Schwarzer-Görtz (i.V. für Frau Kronenberg)

GPR

Herr Friedel Giesen-Weirich (entschuldigt)

Schriftführer/in

Frau Kathryn Meier

Presse

Zuschauer

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Herr Zimmermann verweist auf folgende Vorschläge zur Ergänzung der Tagesordnung:

- 1.1. Jahresbilanz 2007 des Amtes für Gleichstellung von Frauen und Männern
- 3.7. aktuelle Informationen zum Bleiberecht - März/ April 2008
- 3.8. Gender Mainstreaming
- 3.9. Kommunalisierung der Versorgungsverwaltung
- 3.10. TV-Übertragungen der Fußball-Europameisterschaft in Außengastronomien
- 9.8. Kooperationsvertrag zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und der Stadt Köln zur Durchführung der Weiterentwicklung der regionalen Bildungslandschaft Köln 1135/2008
- 9.9. Einrichtung einer Mehrstelle TA (Ingenieur/in der Fachrichtung Statik) bei der Gebäudewirtschaft 1494/2008
- 9.10. Rahmenvertrag Catering mit Service im Rathaus 1965/2008

Der Ausschuss ist mit der Tagesordnung in folgender Fassung einverstanden:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

0. Verpflichtung einer sachkundigen Einwohnerin

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

- 1.1 Jahresbilanz 2007 des Amtes für Gleichstellung von Frauen und Männern
2120/2008

2 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

- 2.1 Beantwortung einer Anfrage von Herrn Repgen vom 25.02.2008
Handyparken
1295/2008
- 2.2 Beantwortung einer Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.04.2008
Verstoss gegen die EU-Gleichbehandlungsrichtlinie wegen der Versagung der
Hinterbliebenenversorgung bei verpartnerten Beschäftigten (EuGH-Urteil vom
01.04.2008)
1730/2008
- 2.3 Beantwortung einer Anfrage von Frau von Bülow vom 14.04.2008
Bleiberecht und Arbeitserlaubnis, Artikel des Kölner Stadtanzeigers vom
08.04.2008
1889/2008

3 Mitteilungen der Verwaltung

- 3.1 Richtlinie Pflanzgefäße
0544/2008
- 3.2 Projekt Sportplatzpflege
1477/2008
- 3.3 Vergabekonzept
1542/2008
- 3.4 Anfrage von Herrn Turan Özkücük, direkt gewähltes Mitglied im Integrationsrat,
zu § 40 b Staatsangehörigkeitsgesetz
1744/2008

- 3.5 Halbjahresbericht des Oberbürgermeisters gemäß § 45 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen für die Zeit vom 01.07.2007 bis 31.12.2007
1768/2008
- 3.6 Information zum neuen Erlass IM NRW zur gesetzlichen Ausreisepflicht
1925/2008
- 3.7 aktuelle Informationen zum Bleiberecht - März/ April 2008
1899/2008
- 3.8 Gender Mainstreaming
1232/2008
- 3.9 Kommunalisierung der Versorgungsverwaltung
2162/2008
- 3.10 TV-Übertragungen der Fußball-Europameisterschaft in Außengastronomien
2110/2008

- 4 Allgemeine Verwaltungsorganisation**

- 5 Schriftliche Anfragen**

- 6 Mündliche Anfragen**

- 7 Anträge**

- 8 Platzvergaben**

- 8.1 Neumarkt
hier: Antrag der Firma Rhein Antik, Diaz & Ranz GbR, Am Schokoladenmuseum 1a, 50678 Köln auf Durchführung eines Antikmarktes vom 30.08.2008 bis 31.08.2008 und Zurverfügungstellung des Neumarktes incl. Auf- und Abbauarbeiten vom 29.08.2008 bis zum 31.08.2008
0591/2008

9 Allgemeine Vorlagen

- 9.1 Bestellung einer stellvertretenden Schriftführerin für die Sitzungen des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen
1164/2008
- 9.2 Änderung der Satzung über den Rettungsdienst der Stadt Köln
4196/2007
- 9.3 Einrichtung einer Mehrstelle Techniker/in bei der Gebäudewirtschaft zur Durchführung des Energiedienstes Heizung
0900/2008
- 9.4 Verlängerung der bei der Gebäudewirtschaft befristet eingerichteten Stelle für die Projektleitung und -steuerung von Sonderprojekten
0902/2008
- 9.5 Einrichtung einer Mehrstelle Techniker/in bei der Gebäudewirtschaft zur Durchführung des Energiedienstes Elektrizität
1017/2008
- 9.6 Erlass einer Rechtsverordnung nach § 6 Ladenöffnungsgesetz NRW (LÖG NRW) für die Genehmigung der Sonderöffnung von Verkaufsstellen in den Stadtteilen Neuehrenfeld und Ehrenfeld
1684/2008
- 9.7 Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes für das Wirtschaftsjahr 2007 der Beihilfekasse der Stadt Köln
1685/2008
- 9.8 Kooperationsvertrag zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und der Stadt Köln zur Durchführung der Weiterentwicklung der regionalen Bildungslandschaft Köln
1135/2008
- 9.9 Einrichtung einer Mehrstelle TA (Ingenieur/in der Fachrichtung Statik) bei der Gebäudewirtschaft
1494/2008
- 9.10 Rahmenvertrag Catering mit Service im Rathaus
1965/2008

II. Nichtöffentlicher Teil

10 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

11 Mitteilungen der Verwaltung

- 11.1 Servicebetrieb Reinigung "Bericht über den Zeitraum 01.01.2007 bis 31.12.2007"
1237/2008

12 Schriftliche Anfragen

13 Mündliche Anfragen

14 Anträge

15 Allgemeine Vorlagen

- 15.1 Einleitung eines Vergabeverfahrens und Abschluss eines Rahmenvertrages zur Beschaffung von Zulassungsbescheinigungen Teil I (Fahrzeugschein) für das Amt für öffentliche Ordnung (Zulassungsstelle)
2067/2008
- 15.2 Einleitung von Vergabeverfahren zum Abschluss von Rahmenverträgen für den städtischen Allgemeinbedarf
1466/2008

I. Öffentlicher Teil

0 Verpflichtung einer sachkundigen Einwohnerin

Herr Zimmermann verpflichtet Frau Rudnik als (stellvertretende) sachkundige Einwohnerin für den Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen.

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

1.1 Jahresbilanz 2007 des Amtes für Gleichstellung von Frauen und Männern 2120/2008

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 1). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Frau Schwarzer-Görtz erläutert kurz die Inhalte des Berichtes und informiert, die Jahresbilanz werde in Kürze an alle Dienststellen versandt.

Frau von Bülow fragt, welche Aufgaben in 2007 Priorität gehabt hätten. Darüber hinaus interessierten sie Fortschritte im Hinblick auf die Einhaltung des Frauenförderplanes und in dem Zusammenhang die Zusammenarbeit mit den Dezernaten. Weiterhin erbitte sie eine nähere Erläuterung der Netzwerke, beispielsweise hinsichtlich der Strukturen und wie viele Mitarbeiterinnen in der Form vernetzt seien.

Frau Schwarzer-Görtz sagt eine schriftliche Beantwortung zu einer der nächsten Sitzungen zu.

2 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

2.1 Beantwortung einer Anfrage von Herrn Repgen vom 25.02.2008 Handyparken 1295/2008

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 2). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**2.2 Beantwortung einer Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.04.2008
Verstoss gegen die EU-Gleichbehandlungsrichtlinie wegen der Versagung der Hinterbliebenenversorgung bei verpartnerten Beschäftigten (EuGH-Urteil vom 01.04.2008)
1730/2008**

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 3). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Auf Kritik von Herrn Wolter erläutert Herr Hoven, die Entscheidung sei seitens des Europäischen Gerichtshofes an das Bayrische Verwaltungsgericht zurückverwiesen worden, insofern handele es sich noch immer um ein laufendes Verfahren. Ungeachtet dessen werde in den kommunalen Arbeitgeberverbänden bereits über den Umgang mit der Thematik der Hinterbliebenenversorgung von verpartnerten Beschäftigten beraten, es sei jedoch für die Stadt Köln schwierig, bereits zu diesem Zeitpunkt initiativ zu werden.

Herr Hopfauf ergänzt, Köln könne nicht im Alleingang über diese Angelegenheit entscheiden, zunächst blieben das Urteil des bayrischen Verwaltungsgerichtes sowie die gesetzlichen Regelungen bzw. das Ergebnis der Tarifverhandlungen abzuwarten.

Auf weiteren Einwand von Herrn Wolter führt Herr Engelmann aus, im Urteil des Europäischen Gerichtshofes werde lediglich festgestellt, dass die betreffende Richtlinie der Regelung im Ausgangsverfahren entgegenstehe. In der Sache sei nun aber durch das Verwaltungsgericht unter Berücksichtigung des Urteils des Europäischen Gerichtshofes zu entscheiden.

Herr Zimmermann bittet, den AVR über die Entscheidung des Verwaltungsgerichtes sowie das weitere Vorgehen der Stadtverwaltung zu informieren.

**2.3 Beantwortung einer Anfrage von Frau von Bülow vom 14.04.2008
Bleiberecht und Arbeitserlaubnis, Artikel des Kölner Stadtanzeigers vom 08.04.2008
1889/2008**

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 4). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

3 Mitteilungen der Verwaltung

**3.1 Richtlinie Pflanzgefäße
0544/2008**

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 5). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Repgen kritisiert die Richtlinie. Es gehe aus ihr nicht hervor, mit welchem Ergebnis die Überprüfung der Pflanzgefäße hinsichtlich Genehmigung und Pflege abgeschlossen habe

und wie die Verwaltung die Einhaltung der Vorgaben künftig kontrollieren werde. Zahlreiche Formulierungen seien außerdem zu unbestimmt, beispielsweise würden die gesonderten Bestimmungen für die Außengastronomie nicht konkretisiert.

Frau von Bülow fügt hinzu, insbesondere im Hinblick auf die Beschreibung von möglichen Sanktionen sei die Erstellung einer Satzung notwendig. Die Eingabe einer Richtlinie als Mitteilung sei ihres Erachtens nicht ausreichend.

Herr Kahlen führt aus, die Richtlinie sei als Hilfestellung für Antragsteller sowie bei der Genehmigung von Außengastronomie etc. zu verstehen, einzelne Formulierungen seien jedoch in der Tat kritisch zu bewerten und müssten nochmals überdacht werden. Auf die Fertigung einer Satzung sei bewusst verzichtet worden, auch unter Berücksichtigung des Personalbestandes im Ordnungsdienst sei eine Kontrolle der Pflanzgefäße sowie eine mögliche Sanktionierung nicht vorgesehen.

Intention dieser Richtlinie sei, eine Balance zwischen unterschiedlichen Interessen im öffentlichen Raum zu finden. Die im Ausschuss geäußerte Kritik werde aber bei einer Überarbeitung der Anweisung berücksichtigt.

Herr Zimmermann begrüßt die Ausführungen von Herrn Kahlen und verweist auf die ausführliche Diskussion im Stadtentwicklungsausschuss. Der Grundgedanke eines einheitlichen Erscheinungsbildes könne durchaus nachvollzogen werden, diese Richtlinie sei jedoch nicht der richtige Weg.

3.2 Projekt Sportplatzpflege 1477/2008

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 6). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Auf Rückfragen von Herrn Detjen und Herrn Knappertsbusch erläutert Herr Fleischer, offenbar hätten notwendige Erhaltungsmaßnahmen der Sportplätze in der Vergangenheit nicht im erforderlichen Umfang stattgefunden. Der Bedarf von 12 Sportstättenunterhaltern/ -unterhalterinnen sei unter Berücksichtigung der Sportstätten ermittelt worden, die dauerhaft betrieben würden. Sofern weitere Sportgelegenheiten in die laufende Pflege beim Sportamt übertragen würden, erhöhe sich der Stellenbedarf entsprechend.

Auf weitere Nachfrage von Herrn Wolter nach dem derzeitigen Stellenbestand im Sportamt sagt Herr Fleischer eine schriftliche Beantwortung zu. Darüber hinaus werde er dem Ausschuss den Organisationsbericht, aus dem auch die Stellenbedarfsanalyse hervorgehe, zur Verfügung stellen.

Herr Zimmermann ergänzt, die inhaltliche Diskussion sei grundsätzlich im Sportausschuss bzw. im Ausschuss für Schule und Weiterbildung zu führen. Im AVR müsse über die organisatorischen Auswirkungen beraten werden.

3.3 Vergabekonzept 1542/2008

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 7). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**3.4 Anfrage von Herrn Turan Özküçük, direkt gewähltes Mitglied im Integrationsrat, zu § 40 b Staatsangehörigkeitsgesetz
1744/2008**

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 8). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Detjen bittet, im kommenden Jahr über die weitere Entwicklung zu berichten.

**3.5 Halbjahresbericht des Oberbürgermeisters gemäß § 45 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen für die Zeit vom 01.07.2007 bis 31.12.2007
1768/2008**

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 9). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Neubert bittet zum Sachstandsbericht „Einführung der elektronischen Signatur“ um eine detaillierte Berichterstattung im Unterausschuss IuK.

Auf Anmerkung von Herrn Detjen zum Sachstandsbericht „100 Ausbildungsplätze bei der Stadt Köln und Einführung einer Ausbildungsquote“ erläutert Herr Kahlen, die Verwaltung befinde sich laufend in Gesprächen mit den Beteiligungsunternehmen, um die Ausbildungsquote dort zu steigern. Mit der städtischen Wohnungsbaugesellschaft gebe es beispielsweise ein neues Verbundprojekt für die Ausbildung zum Immobilienkaufmann.

Auf Nachfrage von Frau von Bülow antwortet Herr Kahlen, im Rahmen der Personalentwicklung, beispielsweise hinsichtlich der Förderung des Führungsnachwuchses, habe die Verwaltung zahlreiche Maßnahmen ergriffen. Einen entsprechenden Bericht werde er dem Ausschuss zu einer der nächsten Sitzungen vorlegen.

**3.6 Information zum neuen Erlass IM NRW zur gesetzlichen Ausreisepflicht
1925/2008**

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 10). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Detjen bittet, den Erlass des Innenministeriums allen Fraktionen zur Verfügung zu stellen.

Auf Nachfragen von Frau dos Santos Herrmann und Herrn Detjen erläutert Herr Kahlen, die Verwaltung habe bis Ende 2009 die Möglichkeit, ein Bleiberecht auszusprechen, wenn sich für die Betroffenen Chancen auf dem Arbeitsmarkt abzeichneten. Das Innenministerium NRW habe aber deutlich gemacht, dass es von den Ausländerbehörden eine konsequente Haltung erwarte.

Herr Dr. Elster meint, es seien klare Anweisungen seitens des Innenministeriums notwendig, wie mit Betroffenen, die keine Aufenthaltserlaubnis erhielten, umzugehen sei, insofern komme der Erlass auch zum richtigen Zeitpunkt.

Frau dos Santos Herrmann äußert sich besorgt über die aktuelle Entwicklung. In Köln bestehe ein gutes Verfahren, beispielsweise durch die Arbeit der Beratungskommission. Sie habe

jedoch den Eindruck, dass die Initiative des Innenministeriums das Verwaltungshandeln in Köln blockieren könne.

3.7 aktuelle Informationen zum Bleiberecht - März/ April 2008 1899/2008

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 11). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Hess merkt an, zur Beantwortung der Frage, wie mit geduldeten Personen zukünftig umzugehen sei, müsse auch die Größe des betroffenen Personenkreises ermittelt werden. Darüber hinaus fragt er nach der Entwicklung bei Aufenthaltserlaubnissen, die auf Probe ausgestellt worden seien, da die Zahl 438 in der Matrix seit Monaten unverändert sei. Weiterhin bitte er um Mitteilung, wie viele langjährig geduldete Menschen in Köln leben, die nicht von der Bleiberechtsregelung erfasst werden.

Auf Nachfrage von Herrn Wolter erklärt Herr Kilp, in der Matrix würden lediglich die abschließend bearbeiteten Fälle erfasst. Daraus resultiere auch die Differenz zur Zahl der Anträge.

3.8 Gender Mainstreaming 1232/2008

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 12). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Frau von Bülow erkundigt sich nach dem Erfolg der Gender-Fortbildungen sowie dem Pilotprojekt beim Ordnungs- und Verkehrsdienst. Der Grundstein für Gender Mainstreaming sei vor Jahren gelegt worden, nunmehr erwarte sie eine Fortentwicklung des Konzeptes hinsichtlich der Ziele, des zeitlichen Rahmens und einzelner Schritte zur konkreten Umsetzung.

Herr Kahlen sagt eine schriftliche Stellungnahme zu einer der nächsten Sitzungen zu.

Herr Zimmermann betont die Bedeutung von Gender Mainstreaming. Er fordert die Verwaltung auf, die geschlechterdifferenzierte Datenerfassung flächendeckend voranzutreiben.

3.9 Kommunalisierung der Versorgungsverwaltung 2162/2008

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 13). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Auf Rückfrage von Frau von Bülow erklärt Herr Kahlen, Schwerpunkt einer Verfassungsbeschwerde verschiedener kreisfreier Städte, unter anderem Köln, sei die Einhaltung des Konnexitätsgebotes. Das Land berufe sich auf eine Revisionsklausel, nach der in 2009 zu prüfen sei, ob die Finanzmittel für die übertragenen Aufgaben ausreichen. Die Verwaltung arbeite daher an einer Bilanzierung der Kosten, um diese in die Klage mit einbringen zu können. Im Hinblick auf notwendige Mehrstellen in diesem Bereich verweist er auf die Diskussion im Rahmen der Stellenplanberatungen.

Zu einer der nächsten Sitzungen sagt er einen Erfahrungsbericht mit aktualisierten Zahlen zu.

Herr Zimmermann bemerkt, der Bürokratieabbau auf Landesebene verursache zahlreiche Probleme für die Kommunen. Er begrüße daher die Bestrebungen, diese Aufgabenübertragung gerichtlich überprüfen zu lassen.

3.10 TV-Übertragungen der Fußball-Europameisterschaft in Außengastronomien 2110/2008

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 14). Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Auf Nachfrage von Herrn Wolter antwortet Herr Kahlen, die Genehmigung des Umweltministeriums NRW hinsichtlich der Live-Übertragung von EM-Spielen liege noch immer nicht vor. Ungeachtet dessen werde die Verwaltung nun mit der Information der Anwohner im Innenstadtbereich beginnen.

4 Allgemeine Verwaltungsorganisation

Zur Sitzung lag keine Mitteilung vor.

5 Schriftliche Anfragen

Zur Sitzung lagen keine schriftlichen Anfragen vor.

6 Mündliche Anfragen

6.1 Außengastronomie im Rheingarten

Auf Nachfrage von Herrn Wolter erklärt Herr Kahlen, die Verwaltung befinde sich hinsichtlich der Außengastronomie im Rheingarten in der Prüfung und im Gespräch mit den Betroffenen. Das Ergebnis werde dem Ausschuss schriftlich nachgereicht.

6.2 U-Bahnbaustelle Augustinerstraße

Herr Repgen teilt mit, aufgrund der Einschränkungen durch den U-Bahn-Bau sei ein Teil der Augustinerstraße zwischen Große Sandkaul und Hohe Straße in Richtung Parkhaus verschwenkt, so dass zahlreiche PKW auf dem Fuß-/Radweg im Halteverbot parken würden.

Er fragt, ob es stimme, dass die Mitarbeiter des Ordnungsdienstes angewiesen worden seien, das Parken im Halteverbot in diesem Bereich aus rechtlichen Gründen nicht zu ahnden, da die Halteverbotsschilder nicht fest montiert seien.

Herr Kilp sagt eine Beantwortung zu einer der nächsten Sitzungen zu.

7 Anträge

Anträge wurden nicht gestellt.

8 Platzvergaben

8.1 Neumarkt

**hier: Antrag der Firma Rhein Antik, Diaz & Ranz GbR, Am Schokoladenmuseum 1a, 50678 Köln auf Durchführung eines Antikmarktes vom 30.08.2008 bis 31.08.2008 und Zurverfügungstellung des Neumarktes incl. Auf- und Abbauarbeiten vom 29.08.2008 bis zum 31.08.2008
0591/2008**

Auf Vorschlag von Herrn Wolter erklärt sich der Ausschuss einverstanden, die Protokollnotiz aus der Sitzung der Bezirksvertretung Innenstadt in den Beschluss zu übernehmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, der Firma Rhein Antik, Diaz & Ranz GbR, den Neumarkt zur Durchführung eines Antikmarktes vom 30.08.2008 – 31.08.2008, incl. notwendiger Auf- und Abbauarbeiten vom 29.08.2008 – 31.08.2008 zur Verfügung zu stellen.

Protokollnotiz aus der Sitzung der Bezirksvertretung Innenstadt vom 17.04.2008:

Die CDU-Fraktion stimmt der Einrichtung eines Antikmarktes auf dem Neumarkt für dieses Jahr zu. Sie wird kritisch beobachten, ob die vom Veranstalter angekündigte Qualität erreicht wird und wie sich der Markt auf die umliegenden Geschäfte ausgewirkt hat.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig mit der Protokollnotiz zugestimmt

9 Allgemeine Vorlagen

9.1 Bestellung einer stellvertretenden Schriftführerin für die Sitzungen des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen 1164/2008

Beschluss:

Für die Sitzungen des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen in der verbleibenden Wahlperiode 2004-2009 wird Frau Sonja Malcherek (10) als stellvertretende Schriftführerin benannt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

9.2 Änderung der Satzung über den Rettungsdienst der Stadt Köln 4196/2007

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussentwurfes:

1. Der Rat beschließt die 3. Satzung zur Änderung der Satzung über den Rettungsdienst der Stadt Köln in der als Anlage 1 zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.
2. Der Rat nimmt zustimmend Kenntnis von der als Anlage 2 beigefügten Gebührenbedarfsberechnung.

Abstimmungsergebnis:

Vorbehaltlich der Zustimmung des Ausschusses Umwelt, Gesundheit und Grün einstimmig zugestimmt

9.3 Einrichtung einer Mehrstelle Techniker/in bei der Gebäudewirtschaft zur Durchführung des Energiedienstes Heizung 0900/2008

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussentwurfes:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Einrichtung einer Stelle Techniker/in, bewertet nach VGr. Vc/Vb, Fg. 17/16a BAT (EGr. 8 TVöD) für den Energiedienst Heizung bei der Gebäudewirtschaft (GW) zum Stellenplan 2008/2009. Die Stelle wird befristet bis zum 31.12.2011 eingerichtet.

Um die Stelle kurzfristig besetzen zu können, wird bis zum Inkrafttreten des Stellenplanes 2008/2009 verwaltungsintern eine Verrechnungsstelle zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

In die AVR-Sondersitzung Stellenplan verwiesen

9.4 Verlängerung der bei der Gebäudewirtschaft befristet eingerichteten Stelle für die Projektleitung und -steuerung von Sonderprojekten 0902/2008

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussentwurfes:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, die bei der Gebäudewirtschaft bis zum 31.12.2008 befristet eingerichtete Stelle für die Projektleitung und –steuerung von Sonderprojekten, ausgewiesen nach VA VGr. Ia BAT, zum Stellenplan 2008/2009 bis zum 31.12.2014 zu verlängern.

Abstimmungsergebnis:

In die AVR-Sondersitzung Stellenplan verwiesen

9.5 Einrichtung einer Mehrstelle Techniker/in bei der Gebäudewirtschaft zur Durchführung des Energiedienstes Elektrizität 1017/2008

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussentwurfes:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Einrichtung einer Stelle Techniker/in, bewertet nach VGr. Vc/Vb, Fg. 17/16a BAT (EGr. 8 TVöD) für den Energiedienst Elektrizität bei der Gebäudewirtschaft (GW) zum Stellenplan 2008/2009. Die Stelle wird befristet bis zum 31.12.2011 eingerichtet.

Um die Stelle kurzfristig besetzen zu können, wird bis zum Inkrafttreten des Stellenplanes 2008/2009 verwaltungsintern eine Verrechnungsstelle zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

In die AVR-Sondersitzung Stellenplan verwiesen

9.6 Erlass einer Rechtsverordnung nach § 6 Ladenöffnungsgesetz NRW (LÖG NRW) für die Genehmigung der Sonderöffnung von Verkaufsstellen in den Stadtteilen Neuhrenfeld und Ehrenfeld 1684/2008

Auf Anregung von Herrn Detjen erwidert Herr Kahlen, er beabsichtige, kurzfristig ein Gespräch mit Mitgliedern der Konsensrunde zu terminieren, um über verschiedene Modelle von Sonderöffnungen zu beraten. Derzeit könne er daher noch keine Prognose bezüglich einer möglichen Neuregelung der Sonntagsöffnungen abgeben.

Herr Knappertsbusch gibt zu bedenken, eine bezirkliche Regelung der Sonntagsöffnungen könne zu erheblichen Konflikten zwischen den einzelnen Stadtteilen eines Bezirkes führen.

Herr Zimmermann bittet um Abstimmung.

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussentwurfes:

Der Rat beschließt gemäß § 41 der Gemeindeordnung NRW in Verbindung mit § 6 LÖG NRW den Erlass der als Anlage 1 beigefügten Ordnungsbehördlichen Verordnung über das

Offenhalten von Verkaufsstellen an den in der Verordnung aufgeführten Tagen und Zeiten.

Abstimmungsergebnis:

Vorbehaltlich der Zustimmung der Bezirksvertretung Ehrenfeld einstimmig zugestimmt

**9.7 Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes für das Wirtschaftsjahr 2007 der Beihilfekasse der Stadt Köln
1685/2008**

Auf Nachfrage von Herrn Wolter erklärt Herr Engelmann, in Absprache mit der Kämmerei seien etwaige Mehrkosten durch ein noch ausstehendes Gerichtsurteil zur Kostendämpfungspauschale nicht in den Rücklagen berücksichtigt worden. Es liege jedoch eine Deckungszusage seitens des Kämmerers vor.

Herr Zimmermann bittet um Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen beschließt die Prüfung des vorgelegten Jahresabschlusses und des Lageberichtes für das Wirtschaftsjahr 2007 der Beihilfekasse der Stadt Köln durch das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**9.8 Kooperationsvertrag zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und der Stadt Köln zur Durchführung der Weiterentwicklung der regionalen Bildungslandschaft Köln
1135/2008**

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlusentwurfes:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, den in der Anlage 1 beigefügten Kooperationsvertrag mit dem Land Nordrhein-Westfalen zur Durchführung der Weiterentwicklung der regionalen Bildungslandschaft Köln abzuschließen.

Zur Wahrnehmung der durch den Lenkungskreis übertragenen sowie in Ziffer 5.5 des Kooperationsvertrages ausdrücklich genannten Aufgaben bzw. der durch die „Strategische Planung der Regionalen Schullandschaft Köln (RSK)“ seitens des Regionalen Bildungsbüros durchzuführenden Aufträge ist es erforderlich, dass die bisherige Stellenausstattung des Regionalen Bildungsbüros beibehalten wird. Der Rat beschließt daher, die Befristungen von insgesamt 2,5 Stellen zunächst bis 31.07.2013 zu verlängern. Es handelt sich dabei um folgende Stellen:

0,5 StOI BesGr. A 10 BBO (bisher befristet bis 31.07.2008)

1,0 VA BAT IV a, Fallgruppe 1 a / E 10 TVöD (bisher befristet bis 31.12.2008)

1,0 StAR BesGr. A 12 BBO (bisher befristet bis 31.12.2008).

Die Verwaltung wird beauftragt, die zur Finanzierung der Maßnahme erforderlichen Mittel im Haushaltsplan 2008/2009 bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**9.9 Einrichtung einer Mehrstelle TA (Ingenieur/in der Fachrichtung Statik) bei
der Gebäudewirtschaft
1494/2008**

Herr Neubert erwähnt, nach seiner Einschätzung sei es problematisch, für die Entgeltgruppe 10 TVöD einen qualifizierten Statiker zu finden. Er bitte, die Eingruppierung nochmals zu überdenken und gegebenenfalls im Rahmen der Stellenplanberatungen hierzu Stellung zu nehmen.

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlusssentwurfes:

Der Rat der Stadt Köln beschließt zum Stellenplan 2008/2009 die Einrichtung einer Stelle TA, bewertet nach VGr. Vb/IVb/IVa Fg. 1/1/1c +TZ BAT (EGr. 10 TVöD), bei der Gebäudewirtschaft (GW).

Um die Stelle kurzfristig besetzen zu können, wird bis zum Inkrafttreten des Stellenplans 2008/2009 verwaltungsintern eine Verrechnungsstelle zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

In die AVR-Sondersitzung Stellenplan verwiesen

**9.10 Rahmenvertrag Catering mit Service im Rathaus
1965/2008**

Herr Zimmermann schlägt vor, abweichend vom Beschlussvorschlag einen Vergabevorbehalt auszusprechen. Der Ausschuss ist hiermit einverstanden.

Beschluss (in der mündlich geänderten Fassung):

Der AVR stimmt der Durchführung einer deutschlandweiten Ausschreibung zum Abschluss eines Rahmenvertrages für Catering mit Service in den Rathäusern zu. Der AVR verzichtet **nicht** darauf, einen Vergabevorbehalt auszusprechen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Zimmermann
Vorsitzender

Meier
Schriftführerin